

## **PRESSEMITTEILUNG 16/2020**

### **Metallarbeitgeber in den Regionen Ulm, Alb-Donau-Kreis und Biberach fordern rasche Einigung auf europäisches Konjunkturprogramm**

**Götz Maier: „Unsere exportorientierte M+E-Industrie kann sich nur erholen, wenn auch die anderen EU-Mitgliedstaaten rasch wieder auf die Beine kommen.“**

16.06.2020

ULM/ALB-DONAU-KREIS/BIBERACH – Nachdem die Bundesregierung mit der Umsetzung wichtiger Teile des nationalen Konjunkturpakets begonnen hat, muss das europäische Konjunkturprogramm nach Auffassung der Metallarbeitgeber in den Regionen Ulm, Alb-Donau-Kreis und Biberach nun ebenfalls zeitnah in die Spur gebracht werden. „Die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie in unserer Region sind stark exportorientiert, und Europa ist dabei ihr größter Auslandsmarkt“, sagte der Geschäftsführer der Bezirksgruppe Ulm des Arbeitgeberverbands Südwestmetall, Götz Maier, am Dienstag in Ulm: „Deshalb kann es eine durchgreifende Erholung unserer heimischen Industrie nur geben, wenn auch die anderen EU-Mitgliedstaaten rasch wieder auf die Beine kommen.“

Darum sei es entscheidend, dass sich die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten nun rasch auf ein europaweites Konjunkturprogramm verständigten, so Maier: „Wir brauchen hier spätestens im Juli eine Einigung. Denn die Zeit drängt. Wenn der tiefen Wirtschaftskrise auf EU-Ebene nicht bald ein ambitioniertes Konjunkturpaket entgegengesetzt wird, droht sich die Rezession zu verfestigen.“ Die Industrieproduktion in der EU ist im April – dem aktuellsten Berichtsmonat – um satte 27,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gefallen. „Das zeigt die ganze Dramatik der Situation“, unterstrich der Arbeitgebervertreter. Der Vorschlag der EU-Kommission für ein Konjunkturpaket mit einem Volumen von 750 Milliarden Euro sei eine gute Basis für die anstehenden Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs, sagte er: „Wenn wir damit die Auslandsmärkte in Europa wieder flott kriegen, ist das gut angelegtes Geld.“

Wichtig sei, dass die finanziellen Mittel nun möglichst schnell an die bedürftigen Staaten und Branchen fließen könnten, sagte Maier: „Klar ist natürlich, dass die EU-Kommission dabei immer darauf achten muss, dass die Hilfgelder auch zweckmäßig verwendet werden. Allerdings darf die Kommission den Fokus dabei nicht nur einseitig auf Zukunftsbranchen legen. Die Gelder müssen

auch in die Wirtschaftszweige fließen, in denen derzeit die meiste Beschäftigung stattfindet. Ansonsten hätte das Programm keinen wirklich durchschlagenden Wachstumseffekt.“

**Info zu Südwestmetall:**

SÜDWESTMETALL ist der Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg. Er ist kompetenter Ansprechpartner für Arbeitgeber in arbeits- und sozialrechtlichen, tarifvertraglichen und sozialpolitischen Fragen. SÜDWESTMETALL ist Sprachrohr für seine Mitgliedsbetriebe gegenüber Gewerkschaft, Staat und Öffentlichkeit. Zusammen mit dem Sozialpartner vereinbart SÜDWESTMETALL in Tarifverträgen die Bedingungen der Arbeitsverhältnisse.

Durch praxisorientierte Schulungen vermitteln Juristen und Ingenieure von SÜDWESTMETALL Führungskräften und Mitarbeitern der Mitgliedsunternehmen aktuelle Kenntnisse der Gesetze, der Vorschriften aus dem Arbeits- und Sozialrecht und dem betrieblichen Arbeitsschutz.

Die Bezirksgruppe Ulm von SÜDWESTMETALL und des tarifungebundenen Unternehmensverbands Südwest betreut in der Region Ulm, Biberach, Alb-Donau und dem südöstlichen Teil Sigmaringens 135 Betriebe mit 58.695 Mitarbeitern.